

Die vergessenen Deza-Leute aus Afghanistan

Sie sind aus Kabul evakuiert worden, weil sie für die Schweiz gearbeitet haben. Nun sagen mehrere ehemalige afghanische Angestellte des Aussendepartements, dass sie sich im Stich gelassen fühlen.

Dominic Hoff

Acht Tage. So lange bleibt Ibrahim Khalil am Stück wach, als seine Heimat sich in die Hölle verwandelt. Mitte August nehmen die Taliban Kabul ein, ein Coup wie aus dem Nichts. Es ist jetzt ihre Stadt. Und kann damit nicht mehr die von Khalil sein. Der Familienvater will nur noch weg. Kämpft sich wie Tausende andere zum Flughafen. Kehrt um, weil es dort kein Durchkommen gibt. Und wieder. Und wieder. Keine Zeit für Schlaf, acht endlose Tage lang. Dann, endlich, sitzt er in einem deutschen Militärflugzeug, das Kurs auf Usbekistan nimmt.

Es gibt ein Foto aus diesem Flugzeug, Khalil hat es auf seinem Mobiltelefon gespeichert. Man sieht darauf eine Frau, an die sich fünf Kinder schmiegen, eines davon ein Baby. Und man sieht in ihrem Rücken Ibrahim Khalil. Mit starrem Blick und wächserner Haut schaut er in die Kamera, die Augen dunkel umrandet.

Seine Familie hat es gerade noch geschafft, es ist der Flug in die Freiheit und Sicherheit. Nach Europa, in die Schweiz, ins Land des Arbeitgebers. Die Khalilis, in Kabul gutbetuchte Leute, besitzen zwar nur noch die Kleider am eigenen Leib. Doch sie sind mit dem Leben davongekommen.

Als die Taliban Kabul erobern, wird es gefährlich

Ibrahim Khalil ist einer von 36 Afghanen, die für das Schweizer Aussendepartement (EDA) in Kabul gearbeitet haben. Er hat wie alle anderen in diesem Artikel gebeten, seinen Namen zu ändern, aus Angst um Familienmitglieder, die in Afghanistan zurückgeblieben sind. Der 35-Jährige war in Kabul für das Kooperationsbüro der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) tätig. Die Deza betrieb das Büro seit 2002, um Entwicklungsarbeit zu leisten. Man förderte den Rechtsstaat, setzte sich für Mädchenschulen ein.

Als die Taliban in Kabul die Macht übernehmen, greift das Chaos um sich. Es ist jetzt sehr gefährlich in der Stadt, gerade für jene, die sich in den Augen der neuen Herrscher mit dem Feind einliessen und deshalb Verräter sind: Angestellte westlicher Staaten. Leute wie Ibrahim Khalil, der sich mit seiner Familie versteckt. In Bern beschliesst der Bundesrat wie andere westliche Staaten, das lokale Personal zu evakuieren. Es soll mit der Kernfamilie – ein humanitäres Visum erhalten.

Insgesamt 218 Personen werden auf diese Weise im August in die Schweiz geholt. Daneben fliegt die Schweiz auch eigene Staatsbürger aus – etwa die sechs Angestellten mit rotem Pass im Kabuler

Kooperationsbüro. Dieses ist seither geschlossen.

Es sind dramatische Tage in Kabul. Doch am Ende ist die Evakuierungskaktion ein Erfolg. Um die ausgeflogenen Afghanen ist es seither ruhig geworden. Diese Zeitung konnte ehemalige lokale Angestellte ausfindig machen. Sie sind in der ganzen Schweiz verteilt, man könnte sagen: vom Winde verweht, wobei der Wind das föderale Schweizer Asylsystem ist. Die Gespräche zeigen, dass sie mit einer Reihe von Problemen kämpfen. Darauf warten, dass Versprechen eingelöst werden. Und vor allem sich zu dieses Gefühl, beim ehemaligen Arbeitgeber in Vergessenheit geraten zu sein. Was sie zu erzählen haben, wirft die Frage auf, wie weit Verantwortung reicht. Und wie lange sie anhält.

Viele der ehemaligen Deza-Leute leben bis heute im Asylheim

Mohammad Edris hat fast 20 Jahre für das Kabuler Deza-Büro gearbeitet. Der 48-Jährige erzählt, er habe die kleine Schweizer Vertretung Anfang der 2000er-Jahre nach dem Fall der Taliban mit aufgebaut. Über die Jahre hat er viele Funktionen innegehabt. Am Ende war er zuständig für das Personalwesen und IT-Systemadministrator.

Edris sagt, als er im August in der Schweiz gelandet sei, habe ihm bald einmal das Gefühl beschlichen, dass die vielen Jahre im Dienst des Bundes nun nicht mehr viel zählen. An den Flughäfen in Zürich sei niemand von der Deza gekommen, um die evakuierten Angestellten zu begrüssen. «Und so ist es dann weitergegangen», so Edris. Bis heute habe nie jemand der teilweise langjährigen Arbeitskollegen angerufen, um zu fragen, wie es ihm geht.

Es ist Edris – und das gilt auch für die anderen ehemaligen Deza-Lokalangestellten, die im Text vorkommen – wichtig, sich bei der Schweiz zu bedan-

ken. Für die Rettung. Für das Asyl. Doch er sagt auch, dass er enttäuscht und traurig darüber sei, was seither passiert ist. «Wir fühlen uns im Stich gelassen», sagt er. Und meint damit zum Beispiel, dass es bei der Deza niemanden gibt, der ein offenes Ohr für die vielen Fragen und Probleme hat, die ihn in der neuen Heimat belasten.

Als die 218 evakuierten Afghaninnen und Afghanen in der Schweiz ankommen, werden sie auf verschiedene Bundesasylzentren verteilt. Weil sie über das sogenannte Resettlementkontingent in der Schweiz aufgenommen werden, ist ihr asylrechtlicher Status rasch geklärt. Schon Mitte September trifft der Brief mit dem positiven Asylentscheid ein.

Die Afghanen werden nun für die weitere Integration den Kantonen zugewiesen. In deren Asylzentren seien die meisten noch heute, sagt der ehemalige Personalverantwortliche Edris, der sich über eine Whatsapp-Gruppe noch immer mit vielen der ehemaligen Arbeitskollegen austauscht. «Ungefähr 70 Prozent von uns leben immer noch in einem Heim», so Edris.

Das trifft auch auf ihn zu. Mit seiner siebenköpfigen Familie bewohnt er zwei Zimmer; eine eigene Wohnung werde frühestens im Januar erlaubt, sei ihm beschieden worden. Die Situation sei kaum zu ertragen, sagt Mohammad, die Räume seien in schlechtem Zustand. «Wir leben, aber ein Leben ist das nicht», sagt er, und: «Ich habe fast zwanzig Jahre für die Schweiz gearbeitet, und das ist der Dank. Das macht mich traurig.»

Als Amin Haidari sich im August an den Kabuler Flughafen vorkämpft, umtost von Menschen, die alle dasselbe wollen, da formt er mit Arbeitskollegen einen Ring. Die Männer halten sich an den Armen, so gut das geht. Sie wollen so ihre Frauen und Kinder beschützen.



Nichts wie weg: Afghaninnen und Afghanen werden im August am Kabuler Flughafen von Soldaten evakuiert – auf dem Bild ist ein amerikanisches Militärflugzeug zu sehen. Bild: AP/Keystone (Kabul, 23. August 2021)

Haidari kann seine Kinder davor bewahren, zerquetscht zu werden. Doch er kann nicht verhindern, dass sie sehen, was um sie herum passiert. Kinder und Alte, die von den Massen zerdrückt werden. Andere, die von Kugeln getroffen werden. Er hofft, dass die Bilder wieder aus den Kinderköpfen verschwinden. In seinen eigenen drängen sie immer noch mit grosser Wucht. «Meine Frau sagt, ich sei nicht mehr der Alte seit der Flucht», erzählt er.

Haidari sagt von sich, er sei im Kooperationsbüro so etwas wie das Schweizer Sackmesser gewesen. Für jedes Problem eine Lösung. Haidari schaute, dass Schäden am Bürogebäude beseitigt wurden. Erledigte Behördengänge. Handelte Offerten mit Handwerkern aus. Seit 2016 war er für die Schweiz tätig und zuletzt zuständig für Beschaffung und Logistik.

Haidari ist ein gastfreundlicher Mann, er trägt beim Gespräch Datteln und Tee auf, und er kann das in seiner eigenen Wohnung in einer grösseren Schweizer Stadt tun; vor ein paar Wochen wurde sie ihm vom Kanton zugewiesen. Er sei einer der «lucky ones», der Glücklichen, sagt er und lächelt dazu bitter. Aber auch für Haidari ist das neue Leben kompliziert geblieben, insbesondere die Sache mit der Abgangschädigung.

Das Abfindungspaket landet direkt bei den Sozialbehörden

Die Deza hat ihren lokalen Angestellten im September einen Brief in die Bundesasylzentren geschickt. Darin hält Walburga Roos, die Chefin des Kabuler Büros, die Abschiedsmodalitäten fest. Teil davon ist die Unterschrift unter ein Dokument mit dem Titel

«Dissolution Agreement», Auflösungsvereinbarung. Mit dem Entscheid, ein humanitäres Visum zu akzeptieren, sei die Anstellung beim Bund mit der Einreise in die Schweiz als Asylsuchender zu Ende gegangen, heisst es darin.

Zum Abfindungspaket gehören der Lohn für den Monat August sowie drei weitere Monatslöhne, steuerfrei, dazu das Vorsorgekapital, das sich angesammelt hat. Das Geld werde auf ein Schweizer Konto überwiesen. Auch kündigt Roos im Brief für Ende September einen Team-Event für die Angestellten des Kabuler Büros an. Zudem stellt sie die Ausstellung von Arbeitszeugnissen in Aussicht.

Amin Haidari stünden aufgrund der Vereinbarung mehrere tausend Franken zu. Es ist Geld, das er dringend braucht. Sein zweitjüngster Sohn marschiert in diesen Wintertagen in Gummistiefeln in den Kindergarten. Auch

«Wir leben, aber ein Leben ist das nicht. Ich habe fast zwanzig Jahre für die Schweiz gearbeitet, und das ist der Dank. Das macht mich traurig.»

Mohammad Edris (Name geändert)
Ehemaliger Deza-Angestellter

den anderen Kindern fehlt es an warmen Kleidern. In der Wohnung gibt es zwar neuerdings Sofas für die sechsköpfige Familie, aber keinen Stubentisch, keinen Teppich, keinen Fernseher, zu wenig Küchenutensilien. «Wir brauchen so viele Dinge, wir mussten ja alles zurücklassen», sagt Haidari.

Vom Sozialamt gibt es zwar Geld für Anschaffungen, doch weit reicht das nicht. Auf das Geld aus dem Abfindungspaket der Deza habe er keinen Anspruch, weil er als Flüchtling auf Sozialhilfe angewiesen sei, hat ihm das Amt beschieden. Er müsse das Geld abgeben. Haidari ist enttäuscht, und er sagt, das passe für ihn zu seinen Erfahrungen mit den kantonalen Behörden. «Unsere Geschichte spielt überhaupt keine Rolle mehr, wir sind einfach Flüchtlinge wie alle anderen», sagt er. Er hätte sich gefreut, wenn es einen Brief der Deza gäbe, den er vorweisen

«Unsere Geschichte spielt hier überhaupt keine Rolle mehr, wir sind einfach Flüchtlinge wie alle anderen.»

Amin Haidari (Name geändert)
Ehemaliger Deza-Angestellter

damit anscheinend erledigt. Der EDA-Sprecher betont auf Anfrage erneut, dass mit dem positiven Asylentscheid und dem Ablauf des Arbeitsverhältnisses die ehemaligen Angestellten und ihre Angehörigen in die Obhut «der kantonalen Behörden respektive Gemeinden» gelangt seien. Für die Unterstützung im Alltag seien nun in erster Linie diese zuständig. Das EDA habe aber nach der Ankunft in der Schweiz eine Whatsapp-Gruppe eröffnet, um bei Fragen so gut wie möglich zu unterstützen, insbesondere betreffend der Auszahlung der Löhne. Amin Haidari sagt, weil in der Gruppe Fragen oft nicht beantwortet seien, hätten sich bereits mehrere ehemalige Angestellte aus dieser verabschiedet.

Laut dem EDA wurden bisher in 17 Fällen die Lohn Guthaben überwiesen. Vier der Überweisungen seien aufgrund einer Lohnabtretung direkt an die zuständigen Behörden gegangen. Man rezeptive entsprechende kantonale und kommunale sozialhilferechtliche Bestimmungen, sagt der EDA-Sprecher. Bei 19 Personen sei die Überweisung noch ausstehend, weil noch keine Kontoinformationen für die Überweisung vorliegen.

Der Arbeitsrechtler kritisiert das Aussendepartement

Reicht das, was das EDA für seine ehemaligen Angestellten seit der Ankunft in der Schweiz gemacht hat? Die Frage geht an Kurt Pärli, Professor für Soziales Privatrecht an der Universität Basel. Der Arbeitsrechtsexperte hält zuerst einmal fest, dass längst ein Arbeitszeugnis hätte ausgestellt werden müssen. Und er sagt, es gebe ganz bestimmt eine moralische Pflicht, dass das Aussendepartement zumindest ein Auge darauf hat, wie es den ehemaligen Angestellten bei der Integration in der Schweiz ergeht, und ihnen wenn nötig hilft.

Pärli ist auch der Meinung, dass sich arbeitsrechtlich noch gewisse Pflichten herleiten lassen. «Die Fürsorgepflicht ist mit der Evakuierung nicht vorbei. Wer A sagt, muss auch B sagen», so Pärli. Für ihn müsste das EDA weitere Unterstützung anbieten – oder zumindest überprüfen, ob die vorhandenen Strukturen für die besonderen Bedürfnisse der ehemaligen Angestellten ausreichen.

Früher kam es manchmal vor, dass Ibrahim Khalilis Telefon tief in der Nacht geklingelt hat. Er erzählt, dass er dann immer rangegangen sei. Könnte ja sein, dass jemand in Gefahr ist. Und das wäre dann seine Aufgabe, die des Sicherheitsoffiziers des Kooperationsbüros. Seit fünf Jahren war er für die Schweiz tätig, sondierte die Lage, analysierte Gefahren, gab Verhaltensanweisungen heraus, wenn sich Leute aus dem Deza-Büro im Land bewegten.

In Kabul verdiente der junge Familienvater zuletzt 3000 Dollar im Monat, ein guter Lohn. Die Familie hatte kürzlich eine Wohnung gekauft, es fehlte an nichts. Doch nun ist alles weg. Ibrahim Khalil, der islamisches Recht und Rechtsprechung studiert hat und in Afghanistan auch schon für NGOs arbeitete, hatte gehofft, dass die Deza in der Schweiz vielleicht Verwendung für ihn findet. Doch er hat nichts mehr gehört. Und steckt in einem kantonalen Zentrum fest. Die Wohnungssuche fällt ihm schwer. «Wir bräuchten Hilfe, aber es wurde uns gesagt, dass die Suche unsere Aufgabe sei», sagt er.

Khalil fragt sich nun, ob er das Telefon immer noch abnehmen würde. Er bekleidete einen wichtigen Posten im unsicheren Afghanistan. Und es war für ihn ein sehr gefährlicher Job. Weil Leute wie er als eine Art Spion bei den Taliban noch geringer geschätzt wurden als alle anderen, die für westliche Staaten arbeiteten. Khalil mochte seine Arbeit dennoch gerne, weil er fand, dass man Fremden helfen muss, wenn sie im eigenen Land zu Gast sind.

Der Bund spielt den Ball an die Kantone weiter

Als der Bundesrat im August eine Medienkonferenz zum Thema Afghanistan abhielt, legte Migrationsministerin Karin Keller-Sutter viel Wert darauf, über die Fürsorgepflicht zu sprechen, welche die Schweiz als Arbeitgeberin gegenüber den lokalen Angestellten in Kabul habe. Allerdings scheint diese Fürsorgepflicht ziemlich rasch vergessen gegangen zu sein. Aus den besonderen Flüchtlingen sind ganz normale geworden.

Im Brief vom September schreibt Walburga Roos ihren ehemaligen Angestellten, mit dem Wechsel von den Bundesasylzentren in die Kantone seien nun diese verantwortlich für sie. Für das Aussendepartement war die Sache

So verteidigt Bundesrat Berset das Abwarten

Die entscheidende Frage bei Omikron sei noch nicht geklärt, sagt der Gesundheitsminister.

Reto Wattenhofer

Jeden Mittwoch trifft sich der Bundesrat zu seiner wöchentlichen Sitzung – nicht so dieses Mal. Offiziell ist das nächste Wiedersehen erst in zwei Wochen geplant. Omikron nimmt jedoch keine Rücksicht auf den Fahrplan der Landesregierung. Die Fallzahlen erreichen täglich neue Höchststände. Zuletzt waren es 17 634 Neuansteckungen an einem Tag.

Diese Entwicklung hat Bundesrat Alain Berset gestern auf den Plan gerufen – trotz «sitzungsfreier Zeit». Zunächst liess er sich auf dem Kurznachrichtendienst Twitter verlauten. Am frühen Abend nahm der Gesundheitsminister dann ausführlicher Stellung im Westschweizer Fernsehen RTS. Seine Botschaft: Der Bundesrat hat die Lage im Griff.

Wie wirkt sich Omikron auf Intensivstationen aus?

Berset zeigte sich wenig überrascht vom epidemiologischen Verlauf. Der Anstieg der Fallzahlen sei zu erwarten gewesen. Trotzdem machte der Bundesrat klar, dass noch nicht der Moment gekommen ist, um an der Corona-Schraube zu drehen. Zuvor hatte sich Berset mit Bundespräsident Guy Parmelin und Lukas Engelberger, dem Präsidenten der kantonalen Gesundheitsdirektoren, ausgetauscht.

Die abwartende Haltung des Bundesrates begründete Berset mit den fehlenden Informationen über den Krankheitsverlauf bei Omikron. Entscheidend sei, wie sich die Fallzahlen auf die Hospitalisationen und die Belegung der Intensivstationen auswirkten. «Wir werden reagieren, wenn es wirklich notwendig ist.»

Der Bundesrat hat das nächste Paket mit Verschärfungen – darunter auch Schliessungen – bereits geschickt. Berset betonte, es seien «extrem brutale» Massnahmen, besonders für die Wirtschaft. Zum Zug kommen könnte die schärfere Variante, die Mitte Dezember in der Konsultation durchgefallen war. Diese sah vor, Beizen, Clubs, Hallenbäder oder Fitnesscenter zu schliessen – also überall dort, wo keine Maske getragen werden kann. Private Treffen

Kippt Omikron drei Referenden? Unterschriftensammler sind in Quarantäne oder Isolation

Der Jungfreisinn fordert ein Einfrieren der Sammelfristen.

In den Telefon-Updates zum «Lex-Netflix»-Referendum sah sich der Jungfreisinn einem neuen Phänomen gegenüber: Die Unterschriftensammlerinnen und -sammler brechen weg. Entweder stecken sie in Quarantäne. Oder sie sind infiziert und in Selbstisolation.

30 000 Unterschriften haben die Jungparteien von FDP, SVP und GLP gesammelt gegen das Filmgesetz. Es will, dass künftig auch Streamingdienste wie Netflix vier Prozent ihrer Einnahmen in Schweizer Filme investieren müssen. Das sind deutlich zu wenig Unterschriften. 55 000 müssen es sein, soll das Referendum bis am 20. Januar sicher zustandekommen.

«Es gibt im Moment nur Omikron», sagt Matthias Müller, Präsident des Jungfreisinns. «Das beschäftigt die Leute sehr. Dagegen hat ein Referendum zum Filmgesetz natürlich einen

wären zudem auf fünf Personen beschränkt.

Bund soll Zepher in die Hand nehmen

Das Schweigen der Landesregierung hatte in den letzten Tagen für Verwunderung und auch Kritik gesorgt. In einigen Kantonen war der Ruf nach einem härteren Kurs laut geworden. Der Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf hatte am Dienstag schärfere Massnahmen vom Bundesrat verlangt. «Die Situation in den Spitälern spitzt sich weiter zu», warnte er.

Auch sein Genfer Amtskollege Mauro Poggia forderte gegenüber RTS, dass der Bund wieder das Zepher in die Hand nehme. Es sei an der Zeit, wieder in die ausserordentliche Lage überzugehen. Den Kantonen weitere Massnahmen zu überlassen, bezeichnete Poggia dagegen als etwas heuchlerisch.

Berset liess diesen Vorwurf nicht gelten. Das Gesetz verbiete es, eine ausserordentliche Lage auszurufen. Zudem habe der Bundesrat im Dezember viel Verantwortung übernommen. Einen Seitenhieb gegen Luzern konnte sich Berset dabei auch nicht verkneifen. Noch vor zwei Wochen habe sich der Kanton in der Konsultation gegen schärfere Massnahmen gewehrt, rief er in Erinnerung.



Alain Berset: «Wir werden reagieren, wenn es wirklich notwendig ist.» Bild: Anthony Anex/Keystone

schweren Stand.» Müller fordert ein Einfrieren der Sammelfristen wie schon im Frühling 2020, als die Pandemie einen ersten Höhepunkt erreichte. «Das braucht es jetzt.»

Auf der Kippe stehen zwei weitere Referenden, deren Frist ebenfalls am 20. Januar abläuft. Für das Frontex-Referendum sind nur 20 000 Unterschriften gesammelt worden. Es will verhindern, dass die Schweiz die Europäische Grenzschutzagentur Frontex zusätzlich mit 61 Millionen Franken jährlich unterstützen. Das Organspende-Referendum kommt auf 33 000 Unterschriften. Neu müsste man sich in ein Register eintragen, wenn man seine Organe nach dem Tod nicht spenden möchte. Die «Freunde der Verfassung» und die SVP unterstützen es nun auch.

Othmar von Matt